

21/SN-57/ME

**Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie**  
Der Leiter der Sektion III

A-1015 Wien, Mahlerstraße 6  
Postfach 10  
Telefon: 51 507

Sektionschef  
DR. HERBERT ENT

36 3700/3-III/6/87

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

Parlament  
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	57 - G. E. 87
Datum:	2. NOV. 1987
	05. Nov. 1987
Verteilt	Kreuz

*L. Hajek*

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem versorgungsrechtliche Bestimmungen geändert werden - Versorgungsrechts-Änderungsgesetz 1988; Ergänzungen;

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie beehrt sich, 25 Ausfertigungen der Stellungnahme zum bezeichneten Gesetzesentwurf zu übermitteln.

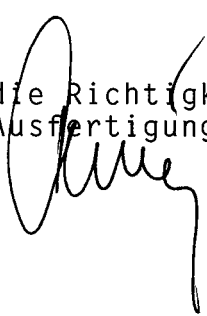
30. Oktober 1987

Für den Bundesminister:

E N T

Beilagen

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



**Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie**  
Der Leiter der Sektion III

A-1015 Wien, Mahlerstraße 6  
Postfach 10  
Telefon: 51 507

Sektionschef  
DR. HERBERT ENT

36 3700/3-III/6/87

An das  
Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 W i e n

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem versorgungsrechtliche Bestimmungen geändert werden - Versorgungsrechtsänderungsgesetz 1988; Ergänzungen;

Bezug: Schreiben vom 9. Oktober 1987,  
41.010/6-1/1987

Mit Beziehung auf das Schreiben vom 9. Oktober 1987 äußert sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie zu den ergänzenden Bestimmungen in folgender Weise:

Zu Art.I Z 4 (§ 41 KOVG 1957), Art.II Z 1 (§ 40 HVG), Art.III Z 2 (§ 11 Abs.10 OFG), Art.IV (§ 1 Abs.6 und 7 VOG) und Art.V

Die vorgeschlagenen Regelungen verstehen sich als Maßnahme zur Vereinheitlichung des Familienlastenausgleichsrechtes mit dem Sozialversicherungsrecht und dem Versorgungsrecht. Wie das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in seinen Stellungnahmen zum (ergänzenden) Entwurf einer 44. Novelle zum ASVG und den übrigen Sozialversicherungsgesetzesnovellen vom 21. Oktober 1987 bereits vorgeschlagen hat, sollte in der Formulierung der Anspruchsvoraussetzungen

- insbesondere im Hinblick auf eine Verlängerung über das 25. Lebensjahr hinaus - ein Gleichklang mit dem Familienlastenausgleichsgesetz 1967 angestrebt werden.

Diesbezügliche Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie sind für den Bereich des Sozialversicherungsrechtes im Gang. Es wird angeregt, in diese Gespräche auch das Versorgungsrecht einzubeziehen.

25 Ausfertigungen der Stellungnahme werden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

30. Oktober 1987

Für den Bundesminister:

E N T

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Müller', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.